Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

Bezirklicher Teilhabebeirat

Protokoll - 19. Sitzung am 08.06.2026

Teilnehmer:	Siehe beigefügte Liste
Verteiler:	Mitglieder des Teilhabebeirates
Ersteller:	Herr Becker

Lfd. Nr.	Berichterstatter	Ergebnistext	Termin
1	Hr. Wohlleben	**Begrüßung der Gäste** **Feststellung der Beschlussfähigkeit. -> Beschlussfähigkeit ist gegeben.**	
2	Hr. Wohlleben	**Bestätigung der Tagesordnung**	
3	Hr. Becker	**Protokollkontrolle vom 09.03.2026 muss verschoben werden**	
4	Hr. Wohlleben	**Bürgeranfragen** keine	
5	Fr. Galli Hr. Becker Hr. Prinz	**Bericht aus dem „Haus der Teilhabe“** **Jug:** o drei zusätzliche Stellen o AV USE zum 01.09.2025 in Kraft getreten o Fortbildung zur AV finden am SFBB statt o Fallzahlen in der Schulassistenz steigen exorbitant **Soz:** o Rechnerische Umstellung abgeschlossen; Umstellung auf die „neue Welt“ gemäß örV steht bevor o Projekt Sozialraumorientiertes Teilhabemanagement (Kooperation SenASGIVA, VskA, THFD) zum 01.06.2026 gestartet	

Lfd. Nr.	Berichterstatter	Ergebnistext	Termin
		○ Aufgrund eines von der SenASGIVA in Auftrag gegebenen Gutachtens zu einem Zukunftsmodell der EGH wird aktuell eine (Teil-)Bündelung von Aufgaben im Land diskutiert; Bezirke begleiten diesen Prozess kritisch **Verfahrenslotse Hr. Prinz:** ○ Vorstellung des Halbjahresberichts (siehe Präsentation Anlage). Es wurde in diesem Zusammenhang über mehrere Schwerpunktthemen (Umfang der Beratungen des Verfahrenslotsen, Begleitung des Übergangs von der Jugendhilfe in die Erwachsenenhilfe etc.) diskutiert. ○ Link DijuF zum Referentenentwurf „inklusives SGB VIII): https://dijuf.de/handlungsfelder/inklusives-sgb-viii/1-kjhsrg-e ○ Timeline zum Gesetzgebungsverfahren: https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/ministerium/gesetze/erstes-gesetz-zur-strukturreform-der-kinder-und-jugendhilfe-282938	
6	Hr. Becker	**Widerspruchsbeirat** Nach aktuellem Sachstand werden die Widerspruchsbeiräte voraussichtlich zum 01.01.2027 abgeschafft.	
7	Hr. Wohlleben	**Projektvorstellung „Lotsen in Betreuung“ (Kooperation Jobcenter / KEH)** Menschen mit Beeinträchtigung werden durch das Jobcenter für einfache Betreuungsmaßnahmen innerhalb des KEH vermittelt; Einstellungsprocedere verläuft noch etwas schwierig Weitere inklusive Angebote bei IKEA (über Stephanus Werkstätten) sowie Kaufland angedacht bzw. in Planung	
8	Hr. Wohlleben	**Aktiv-Team Jobcenter** Unterstützungstätigkeiten für Menschen mit Beeinträchtigungen innerhalb des Jobcenters, z.B. bei dem Erstellen von Bewerbungen, Unterlagen zusammentragen, Verhalten beim Bewerbungsgespräch usw.	
9	Hr. Becker	**Abschluss Jahresbericht des Bezirksteilhabebeirats 2025 / 26**	

Lfd. Nr.	Berichterstatter	Ergebnistext	Termin
		Jahresbericht wird im Anschluss an die heutige Sitzung erstellt und der BVV sowie dem BA weitergeleitet.	
10	Hr. Wohlleben	**Information über das Projekt ZEUS** Es handelt sich um das Projekt Zertifizierte Ehrenamtliche Unterstützungskräfte im Bevölkerungsschutz im Rahmen des Katastrophenschutzes Anmeldung über einen QR-Code möglich https://www.berlin.de/ba-lichtenberg/politik-und-verwaltung/beauftragte/katastrophenschutz/artikel.1416109.php	
11	Hr. Wohlleben / Hr. Becker / Hr. Bohnke	**Sonstiges** a) Sozialtage fanden mit großer Resonanz und hohem Einsatz aller Beteiligten am 29. / 30.04.2026 statt. b) Diskussion über Einladung von Genesungsbegleiter*innen. Herr Kamin schlägt vor, stattdessen das „Team Gesundheit“ im Jobcenter einzuladen. Dies stößt auf allgemeine Zustimmung. c) Bericht über hoch strittige Auseinandersetzungen in Arbeitsgruppen im Bundeskanzleramt zur zukünftigen Finanzierung Leistungen der EGH (Einzelfallfinanzierung vs. gepoolten Leistungen vs. Sozialraumbudgets) d) Nacht der Politik bzw. Tag der offenen Tür hat mit guter Resonanz stattgefunden. e) Herr Wohlleben berichtete aus verschiedenen Gremien und Pressemitteilungen (siehe Anlage)	
14	Hr. Wohlleben /	**Termin für die kommende Sitzung:** o Die nächste Sitzung findet am 31.08.2026 um 15:00 Uhr in statt. Der Ort wird noch mitgeteilt.	
Nächste Sitzung: 31.08.2026, 15-17 Uhr			

Protokollant: Herr Becker

Teilnehmerliste Teilhabebeirat Lichtenberg
08.06.2026

Name	Email	Verein / Träger	Telefon	Bemerkung	Unterschrift	Anwesend
Becker, Henning	Henning.Becker@lichtenberg.berlin.de	Stellv. Leitung TH Fachdienst Soz	030 90296 4855			☑
Them, Wiebke	Them@gwb.stiftung-spi.de	Stiftung SPI	030 55 68 04 20			☐
Galli, Kerstin	Kerstin.Galli@lichtenberg.berlin.de	Leitung TH Fachdienst Jug	030 90296 7343			☑
Hannemann, Anja	Anja.Hannemann@lichtenberg.berlin.de	Leitung TH Fachdienst Soz	030 90296 4040			☐
Kaup, Daniela	Daniela.Kaup@lichtenberg.berlin.de	Beauftragte für MmB	030 90296 3517			☐
Bohnke, Kristian	kristian.bohnke@comes-berlin.de	Comes e.V.	030 8560 660			☑
Knospe, Thomas						☑
Pirner, Susanne	a.moelich@amscience.eu	BDH	030 535 4736			☑
Rohrschneider, Sven	Sven.Rohrschneider@diereha.de	die reha	0151 4402 9959			☐
Kamin, Marc	marc.kamin@lichtenberg.berlin.de	Psychiatriekoordinator	030 90296 4512			☑
Schmalfuß, Dietmar	-	Bipolaris	0171 986 5057	Kein Internet, kann nur an Präsenzveranstaltungen teilnehmen		☐
Schwabe, Dennis	hey@lebenlernen-berlin.de	Leben lernen	030 5526 2022	Hr. Hey wird als Assistenz Herrn Schwabe bei der Konferenz unterstützen. Kommunikation in leichter Sprache		☐
Schwarz, Dagmar	d.schwarz@albatrosggmbh.de	Albatros gGmbH				☑
Thiele, Beate	b.thiele@juli-berlin.org	JuLi gGmbH	0177 686 3381			☑
Wohlleben, Peter	peterwohlleben9@yahoo.de	Leiter der Schlichtungskommision der WGLi, Mitarbeit Jobbrücke, Dozent, Sozialfachwirt, Kommunikationstrainer, Ehrenamtskoordinator, Inklusionsberater	0179 964 3665	Rollstuhl nutzend		☑

Als Gast anwesend:						
Hr. Prinz		Jug				☐
						☐
						☐

28.04.2026, 13:06 Uhr – Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Berliner Verwaltung wird Vorbildfunktion gerecht: Hohe Beschäftigungsquote von schwerbehinderten Menschen

Aus der Sitzung des Senats am 28. April 2026:

Die Berliner Verwaltung wird seiner Vorbildfunktion gerecht: Die Beschäftigungsquote von schwerbehinderten Menschen ist weiterhin hoch: Diese lag 2022 bei 6,85 Prozent und 2023 bei 6,66 Prozent. Damit wurde die gesetzliche Mindestquote von fünf Prozent bei der Beschäftigung überschritten. Das geht aus dem aktuellen Bericht über die Erfüllung der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen hervor, den der Senat heute auf Vorlage von Finanzsenator Stefan Evers zur Kenntnis genommen hat.

Finanzsenator Stefan Evers: „Attraktiver Arbeitgeber zu sein heißt, Verantwortung für die Beschäftigten zu übernehmen und allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen. Das machen wir. Ein Beleg hierfür ist die hohe Beschäftigungsquote von schwerbehinderten Menschen. Nach 2020 und 2021 hat das Land Berlin die gesetzliche Mindestquote erneut deutlich überschritten. Gleichwohl zeigt der Quotenvergleich der vergangenen Jahre eine rückläufige Tendenz. Umso mehr zählen gezielte Fördermaßnahmen in Sachen Diversity."

Im aktuellen Bericht werden Maßnahmen aufgezeigt, die bereits umgesetzt werden. Hierzu gehören zum Beispiel die Stärkung der Ansprechpersonen im Bereich Inklusion und Diversity oder die Gründung eines Netzwerks zum Austausch für Inklusionsbeauftragte.

Beim Land Berlin waren 2022 9.661 schwerbehinderte Menschen beschäftigt, 2023 9.510. Der Anteil schwerbehinderter Frauen betrug in beiden Jahren jeweils knapp 60 Prozent.

Im unmittelbaren Verwaltungsdienst des Landes Berlin standen zur Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen für das Jahr 2022 und 2023 finanzielle Mittel in Höhe von rund 660.550 Euro zur Verfügung – die sogenannten Inklusionsmittel. Finanziert wird dem Personenkreis damit die Möglichkeit der Arbeitserprobung und Eingliederung – mit dem Ziel der dauerhaften Beschäftigung.

Das Gesetz über die Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Behinderung (Landesgleichberechtigungsgesetz, § 20 Absatz 2) sieht vor, dass die Senatsverwaltung für Finanzen das Abgeordnetenhaus von Berlin alle zwei

Jahre über die Beschäftigungsquote informiert. Das betrifft die Haupt- und Bezirksverwaltung sowie die landesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Der Senat hatte hierüber zuletzt im August 2023 für die Jahre 2020 und 2021 informiert.

Der Bericht wird dem Rat der Bürgermeister und dem Abgeordnetenhaus nun zur Kenntnisnahme zugeleitet.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon

Weiterentwicklung der Berliner Kinder- und Jugendhilfe: Senat beschließt Gesetzentwurf

Aus der Sitzung des Senats am 12. Mai 2026:

Der Senat hat heute auf Vorlage der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Katharina Günther-Wünsch, das Gesetz zur Weiterentwicklung der Berliner Kinder- und Jugendhilfe beschlossen und an das Abgeordnetenhaus übermittelt.

Der Gesetzentwurf sieht Änderungen am Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (AG KJHG) vor, mit dem das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) in Berlin umgesetzt wird. Ziel ist eine gezielte Weiterentwicklung bestehender Strukturen.
Kernthemen des Gesetzentwurfs sind dabei:

- die Weiterentwicklung von Kinderschutz und Prävention von Jugendkriminalität,
- die Stärkung der Beteiligungsrechte junger Menschen in stationären Einrichtungen,
- die stärkere inklusive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe
- sowie die Weiterentwicklung von Medienbildung und Extremismusprävention.

Katharina Günther-Wünsch, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie: „Mit der gesetzlichen Verpflichtung zu spezialisierten Kinderschutzteams schaffen wir verbindliche Standards in allen Jugendämtern. Es zeigt sich immer wieder - auch in aktuellen Fällen -, dass der Kinderschutz eine besondere und herausgehoben Aufgabe der öffentlichen Jugendhilfe ist. Daher müssen verbindlich einheitliche und effiziente Strukturen vorgegeben werden.

Zugleich reagieren wir entschlossen mit einem stärkeren Fokus auf Extremismusprävention und der Weiterentwicklung des Jugendmedienschutzes auf aktuelle Herausforderungen und stärken Schutz und Orientierung im digitalen Raum. Für junge Minderjährige in stationären Hilfen soll die Vollzeitpflege (Familienpflege) künftig als vorrangige Hilfeform gesetzlich hervorgehoben wer-den. Zudem werden die Mitwirkungsstrukturen durch die Einführung eines Landesgremium zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus stationären Einrichtungen gestärkt.

Der Gesetzentwurf wird im Anschluss dem Abgeordnetenhaus zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

Frau Navarro bittet um Ergänzung der laufenden Themensammlung. Folgende Themen werden genannt:

- Frauengesundheit
- Bericht zu den neuen Gewaltzahlen in Lichtenberg (in Januarsitzung geplant)
- Inklusionsbetriebe
- queere Obdachlosigkeit (vgl. Projekt „Queer Home")
- Kiezfonds und deren unterschiedliche Auslastung
- Zentrum für Menschen mit Behinderungen im KEH
- Katastrophenschutz (Evakuierung von Menschen mit Behinderungen aus dem Rathaus, s.o.)
- Koordinierungsstelle
- Schulung von Wahlhelfer*innen auf Barrierefreiheit
- Thema Gleichstellung und Inklusion an Schulen (ggf. mit dem Bezirksschüler*innenausschus)
- Prozess zu Bürgerinnenbeteiligungsverfahren mit dem BA (Empfehlung: mit Fachausschuss gemeinsam).

13.05.2026, 13:58 Uhr – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und GEW BERLIN unterzeichnen gemeinsame Vereinbarung zur Entlastung an Schulen

Die **Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Katharina Günther-Wünsch**, und der **Vorsitzende der GEW BERLIN, Gökhan Akgün**, unterzeichnen am Montag eine gemeinsame Vereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und der GEW BERLIN zu Maßnahmen zur Entlastung von Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern im Ganztag.

Die Verständigung ist Ergebnis gemeinsamer Gespräche zwischen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und der GEW BERLIN zur

Verbesserung der Arbeitsbedingungen an Berliner Schulen. Aus diesem Anlass laden wir Sie herzlich zu einem Pressetermin ins Rote Rathaus ein.

Der Pressetermin findet statt:

Montag, 18. Mai, von 11.30 bis 12.30 Uhr,

15.05.2026, 09:00 Uhr – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Internationaler Tag der Familie 2026: Berlin unterstützt Familien digital und im Kiez

Zum Internationalen Tag der Familie am 15. Mai 2026 hebt die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ihre zentralen Unterstützungsangebote für Berliner Familien hervor. Mit dem **Berliner Familienportal**, der **ElternMail Berlin** und den **Familienzentren** stehen Familien niedrigschwellige Informationen, Beratung und praktische Hilfen für alle Alltagsfragen rund um das Familienleben zur Verfügung.

Das **Berliner Familienportal** bündelt mehrsprachige Beratungs- und Unterstützungsangebote digital an einem Ort. Familien finden dort schnell Informationen zu Freizeit- und Bildungsangeboten, finanziellen Unterstützungsleistungen sowie wichtige Anlaufstellen in ihrem Bezirk – von Familienservicebüros bis zu Kinderarztpraxen und kinderärztlichen Notdiensten. Die interaktive zeigt Familien auf einen Blick passende Angebote und Einrichtungen in ihrem Bezirk. Auch kostenfreie Angebote direkt im Kiez sind hier schnell und übersichtlich zu finden.

Auch die **ElternMail Berlin** begleitet Familien durch die verschiedenen Entwicklungspha-sen ihrer Kinder. Zur Geburt des ersten Kindes erhalten Eltern die ersten Ausgaben per Post mit Informationen zu Geburt, Familienleben und Angeboten. Danach geht es regelmäßig zum Entwicklungstand des Kindes weiter. Alle Ausgaben sind kostenfrei und lassen sich einfach per Mail beziehen. Die ElternMail erscheint in Einfacher Sprache sowie auf Arabisch, Englisch, Deutsch, Polnisch, Türkisch und Ukrainisch.

Zusätzliche analoge Unterstützung und Navigation direkt im Kiez gibt es in den mittlerweile über 140 **Berliner Familienzentren**. Sie sind wichtige Treffpunkte für Familien und werdende Eltern und bieten offene Spielräume, Eltern-Kind-Kurse, Beratung, Angebote der Stadtteilmütter sowie praktische

Informationsveranstaltungen.

Katharina Günther-Wünsch, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie: „Gute Familienpolitik muss Familien dort erreichen, wo ihr Alltag stattfindet – direkt im Kiez, verlässlich und ohne lange Wege. Dafür sorgen erfolgreich stadtweit die Familienzentren, digitale Angebote und auch aufsuchende Arbeit wie die der Stadtteilmütter. Zum Internationalen Tag der Familie stellen wir die Bedeutung dieser Angebote nach vorn und rücken die Unterstützung im Familienalltag in den Mittelpunkt."

Weitere Informationen: https://familienportal.berlin.de

18.05.2026, 12:02 Uhr – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und GEW BERLIN verständigen sich auf konkrete Maßnahmen zur Entlastung an Berliner Schulen

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und die GEW BERLIN haben heute eine gemeinsame Vereinbarung zur Entlastung von Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern im Ganztag unterzeichnet.

Mit der Verständigung ist es nach Jahrzehnten ohne vergleichbare Vereinbarung zwischen Bildungsverwaltung und GEW BERLIN gelungen, konkrete Maßnahmen zur Entlastung an Berliner Schulen gemeinsam auf den Weg zu bringen. Die vereinbarten Maßnahmen sollen bereits ab dem Schuljahr 2026/2027 schrittweise wirksam werden.

Für Lehrkräfte bedeutet die Vereinbarung unter anderem:

- eine weitere Entlastungsstunde für Lehrkräfte ab dem auf die Vollendung des 63. Lebensjahres folgenden Schuljahr
- mehr Unterstützung in der Schulanfangsphase durch neue Stellen für Doppelsteckungen und kleinere Lerngruppen für Schulen in herausfordernden Lagen
- einen zusätzlichen Studientag zur digitalen Schulentwicklung für die Schuljahre 2026/2027 und 2027/2028
- einen unterrichtsfreien Tag für Lernentwicklungsgespräche an Grundschulen
- mehr Zeit für Klassenleitungsaufgaben an Grundschulen und Primarstufen
- die gemeinsame Verständigung, multiprofessionelle Kollegien über die Regelausstattung hinaus langfristig zu sichern

Für Erzieherinnen und Erzieher im Ganztag bedeutet die Vereinbarung unter anderem:

- zusätzliche Investitionen in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Raumqualität im Ganztag
- eine stärkere Einbindung koordinierender Erzieherinnen und Erzieher bei fachlichen Entscheidungen
- die Umbenennung der „eFöB“ in „Bildung, Erziehung und Betreuung – BEB“ zur stärkeren Sichtbarmachung des Bildungsauftrags im Ganztag
- allgemeine Regelungen für personelle Not- und Vertretungssituationen im Ganztagsbereich

Die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, **Katharina Günther-Wünsch**, erklärt: „Mit dieser Vereinbarung setzen wir ein klares Signal: Bildung hat für den Berliner Senat auch in finanziell herausfordernden Zeiten höchste Priorität. Trotz angespannter Haushaltslage investieren wir gezielt in konkrete Entlastungen für Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher und schaffen damit bessere Bedingungen für Unterricht, Ganztag und pädagogi-sche Arbeit an unseren Schulen. Dass es nach Jahrzehnten gelungen ist, wieder zu gemeinsamen Vereinbarungen mit der GEW BERLIN zu kommen, macht vor allem eines deutlich: Spürbare Verbesserungen für die Beschäftigten erreicht man nicht mit immer neuen Streiks zu Lasten von Schülerinnen und Schülern sowie ihren Familien, sondern durch ernsthafte Verhandlungen und die Bereitschaft, Verantwortung für tragfähige, finan-zierbare und tatsächlich umsetzbare Lösungen zu übernehmen. Genau dafür steht diese Vereinbarung.“

Gökhan Akgün, Vorsitzender der GEW BERLIN erklärt: „Dieses Entlastungspaket ist ein wichtiger Erfolg für die Beschäftigten an den Berliner Schulen. Es zeigt: Gewerkschaftlicher Druck, Zusammenhalt und die vielen Streiktage wirken. Mit dieser Vereinbarung bringen wir nach Jahren wachsender Belastungen nun endlich konkrete Entlastungen auf den Weg, sie muss eine dringend notwendige Trendwende einleiten. Für uns ist zugleich klar: Das ist ein wichtiger Einstieg, aber noch nicht das Ziel. Die Herausforderungen an den Berliner Schulen bleiben groß. Deshalb werden wir weiter Druck machen – für spürbare Entlastung, bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Bildung in Berlin.“

Die vollständige Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen erfordern zusätzliche Mittel in Höhe von rund 32 Mio. Euro bzw. einen zusätzlichen Personalbedarf von mehr als 300 VZÄ.

Die Finanzierung kann im laufenden Haushaltsjahr aus dem Einzelplan der

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sichergestellt werden. Für das Jahr 2027 entsteht damit zugleich die Notwendigkeit, einen Nachtragshaushalt aufzustellen.

Die Vereinbarung knüpft an die bereits eingeleiteten Maßnahmen des Landes Berlin zur Stärkung von Unterricht, Ganztag und multiprofessioneller Zusammenarbeit an den Schulen an. Mit den zusätzlichen Investitionen wird der eingeschlagene Weg fortgesetzt, die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher weiter zu verbessern und zugleich die Qualität von Unterricht, Ganztag und pädagogischer Arbeit an den Berliner Schulen nachhaltig zu stärken.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Frau Möller berichtet in diesem Zuge von einer Pressemitteilung des Paritätischen Gesamtverbands zu möglichen Kürzungsplänen bei Leistungen für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen von Bund, Länder und kommunale Spitzenverbänden.

Weitere Informationen dazu gibt es unter: https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/enthuellung-kahlschlag/

Frau Kaup weist hierbei auf die Petition im Bundestag „Keine Kürzungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung vom 27.02.2026“: https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2026/_02/_27/Petition_195716.nc.html hin.

Ebenso ruft sie dazu auf bei der Demonstration „Menschenrechte sind nicht verhandelbar“ am 5. Mai am Brandenburger Tor teilzunehmen.

Nächste Ausschusssitzung ist am 17.06.2026

Gleichstellung Inklusion und Bürgerbeteiligung